

Bezugspreis:
Bietzshel 20.— M. monatl. 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.— M. einsch. Post-
gebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Postgeb. des Saar- und
Rheinlandes, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Böhmen 20.— M. für
das übrige Ausland 27.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Litwien, Estland, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimweil“ und der
Beilage „Erziehung und Volkswirt-
schaft“ monatlich zweimal, Sonntags
und Montage einm.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Dienstag, den 24. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Anzeigenzeile
kostet 3,50 M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Blatt 1,50 M. (zu-
läufig zwei fertige Blätter), jedes
weiteres Blatt 1.— M. Stellengabe
und Schlafstellenanzeigen das erste
Blatt 1.— M., jedes weiteres Blatt
50 Hg. Nach 10 Uhr Nachmittags
zahlen für zwei Blätter. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 2.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Anwerbsgebühr.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schlußzeit
von 7 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Orgeschdienst für Poch.

Die Lage in Oberschlesien ist in diesem Augenblick so ver-
worren wie möglich. Die im Sinne des Friedensvertrags
rechtmäßige Gewalt der Interalliierten Kommission
hat zu existieren so gut wie aufgehört, die tatsächliche
Gewalt aber wird von den verschiedensten Gruppen aus-
geübt, deren Verhältnis zu- oder gegeneinander ungeklärt ist.
Die Extreme von beiden Seiten bilden die polnischen In-
surgenten mit ihren nach Warschau reichenden Verbindungen
und die unstatthafterweise gebildeten und über die Grenze ge-
schmuggelten Freikorps. Ob sich diese der Selbstschutzhorgani-
sation und damit dem General Hoerster unterstellt haben,
ist ebenso unklar wie das Verhältnis der Selbstschutzhorgani-
sation zu den Engländern und Italienern. Auf keinen Fall
wird man annehmen dürfen, dieses Verhältnis sei ebenso gut
wie das der Franzosen zu den polnischen Insurgenten.

Was sich in Oberschlesien abspielt, liegt außerhalb der
Reichweite deutscher Regierungsmacht. Man kann von Berlin
aus weder befehlen noch verbieten, sondern nur raten.
Die Deutschen Oberschlesiens werden ihr Interesse am besten
wahren, wenn sie alle Versuche, die vertragsmäßige Regie-
rungsgewalt der Interalliierten Kommission wiederherzu-
stellen, tatkräftig unterstützen, und alles zu tun unterlassen,
was dazu Anlaß geben könnte, sie auf gleicher Stufe mit den
polnischen Insurgenten zu behandeln. In dieser Beziehung
ist das Orgeschstreben, das von der deutschen nationalen Presse
als „nationales Erwachen“ gefeiert wird, die allergrößte
Gefahr.

Wie aus dem Rotenwechsel zwischen Berlin und Paris
zu ersehen ist, trägt die deutsche Regierung schwerste Bedenken
dagegen, Geld- und Lebensmitteltransporte in die
Hände der Insurgenten fallen lassen. In der Tat: wenn
Polen Leute und Waffen schickt, Deutschland aber Geld und
Lebensmittel, dann hat Korfanti alles, was er braucht. Ueber-
all in der Welt, auch in England, sollte man begreifen, daß
Deutschland zu einer solchen Art von Arbeitsteilung wenig
Reigung empfindet. Deutschland hat aber kein Interesse
daran, die obereschlesische Bevölkerung Not leiden zu lassen
oder der Wiederherstellung der Ordnung durch die Inter-
alliierte Kommission Schwierigkeiten in den Weg zu legen.
Man darf daher annehmen, daß sich ein Ausweg finden lassen
wird, wozu aber auch die interalliierten Mächte das Ihre bei-
tragen müssen, indem sie so rasch wie möglich in Oberschlesien
wieder vertragsmäßige Zustände herstellen.

Der Berliner Berichterstatter des „Daily Herald“
drahtet seinem Blatt: „Offenbar will Frankreich die deutsche
Regierung zu Unvorsichtigkeiten in Oberschlesien provozieren,
um einen Vorwand zur Ausführung seines Ruhrprogramms
zu schaffen. Solchergehalt hofft Frankreich, die Fragen von
Ruhr und Oberschlesien miteinander verquilt zu haben. Doch
ist anzunehmen, daß die Regierung Wirth die Absichten der
französischen Regierung durchschaut und nicht in diese Falle
geht. Sie tut ihr Bestes, die Tätigkeit der Orgesch
zu beenden, die mit ihrer Organisation für Oberschlesien
der beste Agent und Helfer Frankreichs ist. Frankreich will
in England den Eindruck erwecken, daß die deutsche Regie-
rung für das Treiben der Orgesch unter dem Protektorat der
bayerischen Rahr-Regierung verantwortlich sei.“

Alliierte Intervention in Warschau.

Paris, 23. Mai. (U.) Das „Echo de Paris“ meldet, daß
die französische, englische und italienische Regierung gemeinsam bei
der Warschauer Regierung vorstellig geworden sind. Gleichzeitig
hat die Kommission in Opatowitz sich ebenfalls ins Zeug gelegt, Kor-
fanti und andere Polensführer zur Verantwortung zu bringen. Das
„Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß diese Vorstehenden des polnischen
Vollzugsausschusses sich bereit erklärt hätten, grundsätzlich eine Ge-
bietszone zu räumen, die dann von den alliierten Truppen besetzt
werden könnte. Man hofft damit, die Gegner auseinander zu
bringen. Dieser Vollzugsausschuss hat folgende Bedingungen ge-
stellt: Deutschland soll die Verpflegung Oberschlesiens, die seit
geraumer Zeit unterbrochen ist, wiederaufnehmen und auch die nö-
wendigen Mittel zur Verfügung stellen, um die Arbeiterlöhne aus-
zuschütten. (Die Warschauer „Krespospolita“ bestreitet jede Ab-
sicht.)

Paris, 23. Mai. (U.) Es verlautet, daß die Interalliierte
Kommission in Opatowitz den deutschen Behörden in Oberschlesien eine
Notiz überreicht habe, die ihre Aufmerksamkeit auf die Gefahr lenkt,
die für Deutschland in dem Vormarsch der deutschen Freiwilligen-
truppen besteht. Der englische Vertreter in der Kommission, Oberst
Frederick, hat sich persönlich mit Erfolg bei den Führern dieser
deutschen Freiwilligenformationen dafür verwendet, daß diese auf
Angriffe verzichten. Man vermerkt hier die Wiederaufnahme der
Tätigkeit des Obersten Percival in der Interalliierten Kommission
mit besonderer Bedeutung, da seine Enthaltung von aller Tätig-
keit in der Kommission seit einigen Wochen ihre normalen Arbeiten
gehindert habe.

London, 23. Mai. (Reuter.) Es ist beschlossen worden, vier
schiffe Infanteriebataillone vom Rhein nach Oberschlesien zu ent-

senden. Die Truppen sind aber noch nicht abmarschirt. Die An-
ordnungen hierfür sollen erst nach einer Besprechung mit den fran-
zösischen Militärbehörden getroffen werden.

Es muß mit der Ernährung in Oberschlesien böse aussehen,
da General Haller in der Warschauer Presse um Geld- und
Lebensmittelpenden für die Aufständischen bittet. Damit wird
wieder einmal der Zusammenhang des Aufstandes mit dem offiziellen
Polen Kargelegt, dann aber auch der Schluß erlaubt, daß alle
Lebensmittellager im Aufstandsgebiet geleert sind.

Uebrigens weist Polens Haushaltsplan für 1921 einen Fehl-
betrag von 80 Milliarden auf — der neugegründete „Siegerrstaat“
hat also das gleiche Defizit wie das geschlagene und unter turm-
hohen Lasten stehende Deutschland, mit dem Polen ja auch an
Volkzahl nicht entfernt zu vergleichen ist. Der Befehl ganz Ober-
schlesiens soll die Staatsfinanzen heben — was wieder den offi-
ziellen Charakter des Aufstandes beweist.

Die Pariser Heftpresse fordert bereits den Einmarsch in Deutsch-
land, wenn der obereschlesische Selbstschutz nicht verschwindet.

Pagebericht.

Opatowitz, 23. Mai. (U.) Auch heute war es nicht möglich,
telefonisch oder telegraphisch Nachrichten aus dem von den In-
surgenten besetzten Gebiet zu erhalten. In der Nordgrenze des
Kreises Kreuzburg gegenüber Reinersdorf-Kostau sind auf polni-
sches Gebiet starke Bandenansammlungen beobachtet worden. Die
heftigen Zusammenstöße im Kreise Kofenberg dauern an. Auf
seiten der Aufständischen griff ein Panzerzug in den Kampf
ein. Dort, wo die Polen bisher gehaltenes Gebiet räumen mußten,
wurden die Dörfer von ihnen geplündert. In der Gegend von
Landsberg und Altrosenberg ist sämtliches Vieh weggetrieben wor-
den. Die Einwohner wurden mißhandelt. Aus Dupine und Kofe-
witz wurden deutschgesinnte Oberschlesier über die Grenze
geschleppt. Im Kreise Kattowice gelang es den Polen anfänglich
eines Vorkohles, Angehörige des örtlichen Selbstschutzes auf
tschechoslowakisches Gebiet zu drängen, die Deutschen sind
dem Vernehmen nach entwaffnet worden. Auf Grund von Nach-
richten, die auf besonderem Wege von Beuthen nach Opatowitz
gelangt sind, kann mitgeteilt werden, daß Kattowitz und Beuthen bis
heute noch nicht in die Hand der Aufständischen gefallen sind.
Die Lebensmittelnot ist bisher noch nicht behoben worden und hat
besonders im Landkreise Beuthen erschreckende Formen an-
genommen.

Eine italienische Mahnung.

Turin, 23. Mai. (U.) Die Giolitti nahestehehende Turiner
„Stampa“ schreibt an auffallender Stelle: Italien verlange von
Frankreich, daß es ein für allemal auf den Plan der europäischen
Vorherrschaft Verzicht leiste, auch sei es für Frankreich am Plage,
eine Einigung mit Deutschland anzustreben und in der Wiedergut-
machungfrage möglichst Maß zu halten, sonst gebiete es das Inter-
esse Italiens, die Politik Englands zu unterstützen.

Wegand bei Korfanti.

Warschau, 23. Mai. (U.) General Wegand, der ehe-
malige Stabschef Pochs, wird in Oberschlesien erwartet. Er soll
die Lage vom militärischen Standpunkt aus präzisieren. Die Zeitung
der Aufständischen irrt, nach polnischen Meldungen, Vorbereitungen,
um Wegand in ihrem Gebiete als Gast zu begrüßen.
Die polnische Ministerkiste scheint zu verjähren.

Frontschmuckereien.

Breslau, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die
Kriegsnachrichten, die ein Teil der Berliner bürgerlichen Presse in
den heutigen Ausgaben gebracht hat, so vor allem die Meldungen
des „Kosakanzigers“, erregen in den Kreisen der Mitkämpfer
des obereschlesischen Selbstschutzes große Heiterkeit. Es ist die Arbeit
echter Kriegsberichterstatter, die in den schlimmsten Traditionen der
„großen Zeiten“ leben. Die meisten Einzelheiten dieser Berichte
wurden mir heute von Führern des obereschlesischen Selbstschutzes
als unrichtig bezeichnet. Insbesondere muß ein ganz falsches Bild
aus den Behauptungen entstehen, daß der deutsche Selbstschutz
größere Angriffsaktionen unternimmt. An einzelnen Stellen
sind — wie nicht bestritten werden kann — im Laufe des Sonn-
abends und Sonntags solche deutschen Gegenaktionen erfolgt. Aus
dem Aufruf des Generals Hoerster geht aber bereits hervor, daß die
einheitliche Zeitung des Selbstschutzes, die sich gegenüber milden
Einzelaktionen allmählich durchsetzt, den Zeitpunkt für eine deutsche
Aktion nicht für gekommen hält, da sie auf keinen Fall die Entente
zu provozieren wünscht. Im Laufe des heutigen Tages ist es daher
auch zu größeren Kampfhandlungen nirgends gekommen.

Streik im Waldenburger Revier. Wie uns aus Breslau ge-
drachtet wird, ist auf mehreren Waldenburger Kohlengruben infolge
von Lohnstreikigkeiten, die bereits seit längerer Zeit schweben, ein
Streik ausgebrochen. Dadurch wird die Kohlenversorgung von
Breslau und von Niederschlesien, die infolge des Ausbleibens ober-
schlesischer Kohlen aufs schwerste bedroht ist, aufs äußerste gefährdet.
Oberpräsident Genosse Zimmer hat sich ins Streikgebiet begeben, um
seine Vermittlung anzubieten. Es ist zu hoffen, daß bereits im
Laufe des morgigen Tages die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Der kommunistische Abgeordnete Eberlein, nach Adolf Hoff-
manns Monarchismuskritik Führer der Preussischen Landtagsfrak-
tion der KPD, ist nach Meldung der „Roten Fahne“ in Usm von
der bayerischen Regierung während einer ganzen dort
tägigen Konferenz verhaftet worden.

Italien nach den Wahlen.

O. L. Rom, 20. Mai.

Die neue Kammer sieht der alten zum Verwechseln ähn-
lich; das ist die verblüffende Tatsache, die einem aus der
Wahlstatistik entgegentritt. Alle Parteien waren auf einen
tiefergehenden Wandel gefaßt: die Nationalisten und Fascisten
auf einen Riesensieg, der ganze Regierungsbund auf eine
Verschiebung der Kammermehrheit, die Sozialisten und Kom-
munisten auf Einbuße zahlreicher Mandate. In unserer
Partei pflegte man zu sagen, daß man froh sein könnte, wenn
man die Hälfte der Mandate behauptete.

Ein getriebener, mit den rohesten Gewaltmitteln nieder-
gedrückteter Wahlkampf, in dem sich alle Energien des
Bürgertums und der Regierung bewußt und deutlich gegen
die Sozialisten richteten, von dem es offen hieß, daß
er eine neue Ära der Reaktion einleiten solle — die Fascisten
sprachen sogar von einer „Ära des Salgens“ —, ein Kampf,
in dem die Großindustrie und der Großgrundbesitz Millionen
aufgewendet, in dem die Regierung ihre Exekutivorgane den
Fascisten beigeordnet und untergeordnet hat, endet im
wahren Wortsinne mit einem Triumph unserer Par-
tei. Dieser Ausgang kommt allseitig so unerwartet, daß den
bürgerlichen Blättern ihre üblichen Siegeshymnen in der Kehle
stecken bleiben; auch die Partei fordert die Massen auf, ihn
mit Ruhe und ohne Kundgebungen der Freude hinzunehmen.

Allseitig ist man desorientiert. Die Regierung sieht ein,
daß sie mit der heutigen Kammer ebenso wenig regieren kann,
wie mit der vorigen. An die Stelle der 155 Sozialisten der Novemberwahlen von 1919 sind
121 Sozialisten und 14 Kommunisten getreten, an die Stelle
der 100 Liberalen 107, aus den 6 Republikanern sind 8 ge-
worden; als Errungenschaft der neuen Provinzen hat man
weiter 4 deutsche und 6 slawische Nationalisten, was allein
eine Gesamtsumme von 260 oppositionellen Stimmen ergibt,
in einer Kammer mit 535 Sitzen. Rechnet man die gesamte
bürgerliche Opposition der Richtliberalen auch auf nur
20 Stimmen, nämlich die Mittler und die sogenannte demo-
kratische Opposition, so sinkt die Woge zu ungunsten der Re-
gierung; dabei beläuft sich die Zahl der gewählten Fascisten,
der „Idea Nazionale“ zufolge, auf ganze 13, kaum ein Abge-
ordneter auf je 10 verbrannte Arbeiterkammern! Selten ist
wohl ein so großer Kraftaufwand, wie der der Fascisten, von
einem so kümmerlichen Ergebnis gekrönt worden.

Wenn die bürgerlichen Blätter in ihrer Bestürzung über
diesen Ausgang ein aufrichtiges Wort finden könnten, so
müßten sie sagen: wir haben den Bogen zu straff gespannt.
Indem die Regierung das Land der fascistischen Gewalt aus-
lieferte und es ruhig mit anfaß, daß ihre „Strafexpeditionen“
zu Raubzügen wurden, hat sie die besseren Elemente des
Bürgertums abgestoßen und hat in sozialistischen Kreisen
gerade die besten Elemente aufgerüttelt und veranlaßt, treu
zur Fahne zu stehen. Statt dessen stimmen die bürgerlichen
Blätter ein heuchlerisches Gemauze an und wollen glauben
machen, daß die Wahlerfolge der Sozialisten eben den besten
Beweis für die völlige Freiheit und Zwanglosigkeit liefern,
die die Regierung bei dem Wahlkampf allen Parteien ge-
währleistet hatte. Was die Sozialisten an Mandaten verloren
haben, das wird der wachsenden Erkenntnis der Massen zu-
geschrieben; was sie behauptet, ist der herrlichen Wahlfreiheit
zu danken. Auf die Art schlägt alles zur größeren Ehre der
Regierung und der Reaktion aus.

In Wirklichkeit führt die Analyse des Wahlergebnisses
zu einem ganz anderen Schluß: die sozialistischen Ver-
luste sind da am stärksten, wo die Fascisten am dreifachen
häufigsten haufen konnten, nämlich in dem Wahlbezirk Turin,
wo die Mandate von 11 auf 5 zurückgegangen sind (außerdem 2 Kommunisten), in Bologna,
von 14 auf 7 (2 Kommunisten), in Mailand, wo ein Rückgang
von 17 auf 14 erfolgte (1 Kommunist), in Florenz von 8 auf 4
(2 Kommunisten), in Mantua von 7 auf 4, in Ancona von
6 auf 4 (1 Kommunist), in Padua von 6 auf 3, in Perugia
von 5 auf 3, in Parma-Reggio von 10 auf 7, in Genua von
7 auf 5 (1 Kommunist), in Novara von 8 auf 6 (1 Kommunist),
in Alessandria von 6 auf 4 (2 Kommunisten) und schließlich
in Pisa von 5 auf 4 (1 Kommunist). Eine Sonderstellung
nimmt Cuneo ein, der Bezirk des Ministerpräsidenten, dessen
sozialistische Mandate von 4 auf 1 zurückgegangen sind, aber
ohne Fascismus. Die Aufzählung zeigt, daß die meisten
Verluste da erlitten wurden, wo die Gewalt am zügellosesten
war. Sie zeigt außerdem, daß alle 13 in den alten Wahl-
kreisen gewählten Kommunisten (zwei weitere wurden in
Gorz und Triest gewählt) eine Einbuße von Parteimandaten
bedeuten, wobei die Partei meist mehr Mandate verloren hat,
als die Kommunisten gewonnen haben; die Spaltung als solche
hat eben die Bewegung geschädigt weit über die Abgabe an
Stimmen an die Kommunisten hinaus. Ihren Bestand an
sozialistischen Mandaten behauptet haben: Benezien, Udine,
Rom, Como, Caserta und Aquila, ihn vermehrt: Neapel, Bari,
Cagliari, Catanzaro und Girgenti.

Biel bereitet aber als diese Zerpflegung des Wahlergeb-
nisses ist die Tatsache, daß vor der neuen Kammer eine

starke sozialistische Fraktion steht, mit der man in dieser Stärke in Parteikreisen nicht gerechnet hatte. Der heutige Sieg kommt noch überraschender als der Novembertag von 1919. Damals waren alle Erwartungen hochgespannt. Diesmal war man darauf vorbereitet, eine kleine kampftüchtige Schar in die neue Kammer hinüberzureiten, deren Aufgabe es sein sollte, die Angriffe der Reaktion auf die soziale Gesetzgebung, namentlich auf den Achtstundentag und die Betriebskontrolle, abzuwehren. In dieser Erwartung hatte der Parteivorstand mit einem durchaus negativen Programm in den Wahlkampf treten können.

Im Lichte des Wahlerfolges sehen sich nun auf einmal die Dinge ganz anders an. Man wird die sozialistische Fraktion unmöglich auf die bloße Abwehr einstellen können, wo alles dafür spricht, daß die Tatsache ihrer Gegenwart hinreichend wird, um dem Angriff zu widerstehen. Man wird auch nicht das Programm der Sabotage des ganzen bürgerlichen Regimes wieder aufnehmen können. Ganz abgesehen von den wenig erfreulichen Früchten, die es in den Köpfen der Massen und in dem Wirtschaftsleben des Landes getragen hat, hatte dieses Programm nur Sinn, solange man an die dicht bevorstehende soziale Revolution glaubte, in welchen Glauben der erste Wahlkampf nach dem Kriege die Massen gewiegt hatte. Heute vertragen selbst die Kommunisten den Entscheidungskampf noch auf Jahrzehnte. Die neue Parteifraktion wird eine neue Stellung zu den Tagesfragen annehmen müssen.

Und das tritt jetzt schon mit Deutlichkeit hervor. In einer Polemik mit dem Genossen Barotano schreibt der Chefredakteur des „Avanti“, Serrati, in der Nummer vom 19. Mai: „Der Ruck nach rechts ist nicht unsere Erfindung und auch nicht eine Erfindung Turatis: er ist eine geschichtliche Tatsache des heutigen Tages. Er stellt gleichsam den Rückschlag dar auf die schroffe Wendung nach links in den vergangenen Jahren, und wir alle unterliegen diesem Rückschlag, ob wir es offen eingestehen oder ihn ableugnen.“ So schreibt, fünf Monate nach dem Parteitag von Livorno, der damalige Führer der „Einheitskommunisten“!

Daß der Ruck nach rechts auch in dem Bewußtsein und dem Willen der Parteigenossen lebt, geht übrigens auch daraus hervor, daß alle reformistischen Führer (außer Prampolini und Ribordi, die der Verhältnisse in Reggio Emilia wegen der Kandidatur abgelehnt haben) wiedergewählt worden sind: Turati, Treves, Modigliani, d'Aragnona, Buozzi, Dugoni, Mazzoni usw. und daß sich unter den Neugewählten leitende Persönlichkeiten der „sozialistischen Konzentration“ befinden, wie Gino Baldi und Prof. Pieraccini. Die am meisten links stehenden Genossen sind von den Wählern nicht bevorzugt worden, während die Kommunisten ihre leitenden Persönlichkeiten durchgebracht haben, so Gennari, Misiano und Bombacci.

Nicht als Folge der faschistischen Einschüchterung, sondern als Folge des eigenen Machtbewußtseins, das natürlich durch diesen Ausgang dieses Wahlkampfes bedeutend gestiegen ist, muß die Partei sich dem Wege der positiven Arbeit zuwenden. Die Haltung unserer Partei während der Wahlen ist in unseren eigenen Reihen als dummauerig und lammsgeduldig sehr scharf bekräftigt worden; das günstige Ergebnis dieser Taktik, die offen die Gewalt ablehnte, gibt jetzt der Partei ein erhöhtes Prestige den Massen gegenüber und zeigt gleichzeitig, was eine vom Vorstande ausgegebene Parole über die Arbeiterschaft vermag. Auch aus dieser Tatsache erwächst der Partei eine neue Verantwortung.

Und es ist anzunehmen, daß sie sich dieser Verantwortung immer klarer bewußt wird. Wenn das Parteivorstandsmittglied Barotano wieder einmal die Frage von Turatis Ausschluß aus der Partei aufs Tapet bringt, so ist das Wortgefecht.

Die italienischen Massen haben eine starke sozialistische Kammerfraktion gehabt, die vom November 1919 bis zum Frühjahr 1921 kaum irgendeine positive Leistung zu verzeich-

nen hat. Man darf die Wahlen nicht dahin deuten, als wären sie eine Billigung und Bestätigung dieser negativen Aktion. Die Kritik gegen die Fraktion ist vielmehr verstümmt gegenüber dem Waffengerassel der Faschisten: daher der Kraftaufwand, die Einmütigkeit, der Ernst im Wahlkampf. Aber der Grund zum Zusammenhalt muß jetzt von innen kommen; man muß sich zusammenscharen um die gemeinsame Arbeit.

Wieder steht die Partei einer schwachen Regierung gegenüber, die morgen auch nicht mehr Violitti heißen könnte. Es gilt ihr mehr abzurufen als in der letzten Legislaturperiode. Schon vor den Wahlen machte sich die Regierung Sorgen über die Uebermacht der Opposition; nach den Wahlen ist aber jede Regierung schwächer, weil sie eine wichtige Waffe verbraucht hat: die Drohung der Kammerrückbildung.

Das Urteil der Parteigenossen.

Zwischen, 23. Mai. (Eigener Bericht des „Vorwärts“.) Die am Sonntag in Regensburg tagende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes nahm nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Richard Meier über „Die politische Lage und die Regierungsbildung“ einstimmig folgende Entscheidung an:

„Die am 22. Mai 1921 tagende Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirksverband Zwettl billigt den Beschluß der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiaususses, für die Annahme des Ultimatums der Entente zu stimmen, weil dadurch der Vormarsch der Ententetruppen, die Befehung des Ruhrgebiets mit ihren katastrophalen Folgen für die deutsche Industrie und insbesondere für die deutsche Arbeiterschaft sowie der Verlust des oberösterreichischen Industriegebietes abgemindert worden ist.“

Da die Kommunisten und vor allem die Rechtsparteien trotz ihrer laut bekundeten „nationalen Gefinnung“ in schwerster Stunde völlig verzagten und bei einer Politik beharrten, die unmittelbar zur Austreibung deutscher Landesteile in feindliche Hand geführt hätte, durfte die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich der Pflicht nicht entziehen, an einer Regierung tagsfraktion sich der Pflicht nicht entziehen, an einer Regierung vor den unmittelbaren katastrophalen Folgen einer Ablehnung retten und den ehrlichen Versuch machen will, das uns Auferlegte nach bestem Können zu erfüllen.

Die Versammlung fordert, daß die Reichstagsfraktion jeden Versuch der Deutschen Volkspartei, nachträglich in die Regierung zu gelangen, rückhaltlos zurückweist und die Regierung zu verlassen, rückhaltlos zurückweist wird.

Die Versammlung erwartet weiter, daß die Sozialdemokratischen Regierungsmitglieder mit allem Nachdruck für eine den Interessen des werktätigen Volkes dienende Politik eintreten werden. In diesem Sinne wird die gesamte Arbeiterschaft hinter der Regierung stehen.“

Stuttgart, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am gestrigen Sonntag versammelten sich in Stuttgart der erweiterte Landesvorstand Württembergs und Hohenzollerns und die württembergische Landtagsfraktion zwecks Stellungnahme zur Lage im Reich und Württemberg. Nach einem Referat des Genossen Keil, der es als hocherfreulich bezeichnete, daß unsere Partei in dieser Krisenzeit nicht den kleinsten inneren Erschütterungen ausgeht war, wurde in mehrstündiger Debatte die Auflösung vertreten, daß die Reichsregierung nur dann mit Erfolg arbeiten könne, wenn die Regierungen der einzelnen Länder von demselben Geist erfüllt seien wie die Reichsregierung. Die württembergische Partei habe deshalb dafür zu sorgen, daß die Politik der Reichsregierung in Württemberg nach allen Richtungen unterstützt werde. Ob unsere Partei diese Aufgabe innerhalb oder außerhalb der Landesregierung zu erfüllen in der Lage sei, das hänge von der Haltung der württembergischen Regierung und von der endgültigen Gestaltung der neuen Reichsregierung ab. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Der erweiterte Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs und Hohenzollerns und die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtages halten die Politik der

Reichstagsfraktion für die unter den gegebenen Verhältnissen allein mögliche.

Es erscheint ihnen selbstverständlich, daß die Fraktion bei der Bervollständigung des Reichskabinetts den Einfluß des hegerischen Nationalismus und des Großkapitals auf die Reichspolitik mit allen Kräften zu beschränken bestrebt sein muß. Sie halten jedoch die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei in einer Regierung nicht für eine prinzipielle, sondern für eine tatsächliche Frage. Im gegenwärtigen Augenblick erachten sie die Möglichkeit eines solchen Zusammenwirkens unserer Partei mit der Deutschen Volkspartei aus innen- und außenpolitischen Gründen nicht für gegeben. Die Konferenz erwartet, daß die Reichstagsfraktion die von ihr eingenommene Position mit allen Kräften zur Befestigung der demokratischen Republik, zur Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber der Entente mit allen verfügbaren Mitteln, sowie zur Verteilung der Lasten auf die verschiedenen Schichten der deutschen Bevölkerung nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu nähern entschlossen sein wird.

Pflicht der Parteigenossen ist es, bei aller Wahrung und Ausübung des Rechts freier Kritik ihre Vertreter in der Reichsregierung entschieden in den Bestrebungen zu unterstützen, dem sozialdemokratischen Volksteil den Anteil an der Leitung der Verwaltung des Reiches und der Länder zu sichern, auf den er einen begründeten Anspruch hat.

Ekel und Verachtung.

Der Alldeutsche Verband veröffentlicht eine Entschliessung durch die Rechtspreffe, die mit den Sähen beginnt: „Noch einmal hat die alte reichsfeindliche Mehrheit des Reichstages, entgegen ihren eigenen feierlichen Erklärungen, sich dem feindlichen Machtanspruch unterworfen und damit unter Preisgabe der deutschen Ehre das Vaterland der fremden Willkür ausgeliefert.“

Der Geschäftsführende Ausschuss findet kein Wort der Verurteilung für dieses Verhalten der Reichstagsmehrheit und der ihr annehmenen sogenannten Regierung hart genug — läßt sich aber auch durch die Vorgänge der letzten Zeit in seiner Zuversicht auf die Wiedererhebung des deutschen Volkes nicht irre machen: Zur inneren Umkehr muß der Teil des deutschen Volkes, der der Verführung durch widerdeutsche Parteien verfallen war, seine Verführer durch ihre Taten bis zu Ekel und Verachtung kennen lernen, damit er sich von ihnen abwendet.

Ekel und Verachtung kann einen allerdings erfüllen, wenn man sieht, wie die Gesellschaft, die Deutschland systematisch in Krieg und Verderben hineingehetzt hat und sich bei Ausbruch des Krieges vor Jubel gar nicht lassen konnte, jetzt einen großen Mund riskiert. Der Alldeutsche Verband ist der letzte, der das Recht hat, von deutscher Ehre zu sprechen. Niemand hat die deutsche Ehre mehr in den Rot getreten, als das morallose Alldeutertum, das jeder Tat im Kriege zugejubelt hat, die deutsche Ehre besetzte. Auch wir sind der Ansicht, daß das deutsche Volk Ekel und Verachtung gegen seine Verführer lernen muß. Aber diese Verführer sind die Alldeutschen.

Richterlicher Ingrimm. In der „Deutschen Zeitung“ tobt ein preußischer Richter unter Wutausfällen gegen die Republik und die Verfassung darüber, daß die religiöse Eidesformel abgeschafft ist. Am Schlusse sagt er: „Mit verhaltenem Ingrimm wird das Gebot befolgt bis zum erschöpften Tag der kommenden Freiheit.“ Wenn ein solcher Richter aber den Talar anzieht und in einem Prozeß mit politischem Hintergrund, sei es über Sozialdemokraten, sei es über Reichspostbeamten, sei es über Hohenzollernprinzen, zu Gericht sitzt, dann darf an seiner Objektivität und gänzlichen Unvoreingenommenheit nicht gezweifelt werden! Die politisierenden deutsch-nationalen Richter liefern jeden Tag aus zunehmenden Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft Recht hat, wenn sie zum mindesten in ihnen keine objektiven Diener der Gerechtigkeit, sondern gehässige Feinde erblickt, die nur auf Befriedigung ihrer politischen Haseninstinkte ausgehen, wo sie Recht sprechen sollen.

Münchener Tage.

Es war der 29. Juni 1914, als ich zum letztenmal in Mitteleuropa von München nach Berlin zurückkehren mußte — wie immer nach schmerzlichem Abschied von der unvergleichlichen Stadt. Gern hätte ich ein paar Urlaubstage im Gebirge angegeschlossen, das man von München aus nur dann sieht, wenn sich schon schlechtes Wetter über die Häupter neigt; aber Journalistenpflicht zwang nach Rom, wo am nächsten Tag über des herrlichen Kriegsbeeres Soldatenschilderei verhandelt werden sollte — natürlich nicht gegen die Schinder, sondern gegen Rosa Luxemburg, die unfaßt davon geredet hatte. Während wir an jenem glühenden Peter- und Paulstag durch Oberfranken fuhrten — der geliebte Zeuge August Winnig, Verfasser des „Preußischen Kommunismus“, und ich —, ward in Sarajewo Franz Ferdinand und Sophie Hohenberg ermordet. In Wien begann alsbald jenes Sinnen über das Ultimatum an Serbien, dessen Nichterfüllung, erwartet und gewollt, zwar Serbien schwer getroffen, die Habsburger samt ihrem Staat aber weggeschwemmt hat — in einem Raststrom von Blut und Tod und Tränen.

Als mir jetzt das Pfingstglück einer Reise nach München blühte — zu Arbeitszwecken natürlich, bei einem Fahrpreis von 207,20 M. Schnellzug 3. hin und zurück —, standen wir unter einem Ultimatum, und man erwog im stillen, wie lange wohl die Rückfahrt dauern könnte, wenn nach der oberösterreichischen auch die Ruhetafel wegbliebe. Indessen wurde dieses trübe Sinnen hinter Halle schon verdrängt, als einsteigender Münchener Tritte den Schlaf schreckten, indem wir gezwungen waren, die Bank zu räumen und uns auf den Fensterstühl zurückzuziehen. Alsobald regte sich das zarte Plappermäulchen einer Münchener Hausfrau, die mit ihrem Jungen nach Hause fuhr. Aber siehe da, sie war aus Magdeburg, und vor lauter Schwärmerlei für Bayern konnte sie nicht umhin, ihr herzlichliches Bedauern darüber zu verkünden, daß sie nur der sächsischen Provinzialhauptstadt entsamme. Aber weder dieser schöne Zug von Heimatliebe noch die Frage, ob denn Bayern sich nicht von Norddeutschland lösen sollte, und selbst nicht der Ratsschlag, daß die Bayern sich doch nicht hätten „das Referat“ nehmen lassen sollen, vermochte die Bayern zu irgend einer anderen Aeußerung als jenem lässigen Augenzwinkern zu veranlassen, aus dem der Kundige sofort herausliest: „Mir waars gnuu!“ Später am Morgen stellte sich dann auch heraus, daß diese Münchener zu uns gehörten, ob nun SPD. oder NSD.

Was einem jetzt in München besonders auffällt, wenn man von Berlin hinkommt, ist mehreres: Du kriegst lauter blankes 50-Pf.-Stück heraus und keine schmutzigen Stadtgeldscheine, deren München überhaupt gar keine hat. Du siehst die alte blaue Polizei im Helm auf der Straße und die Grünen trotz Belagerungszustand nur in der Rüge und ohne Gewehr. Freilich im Hof der Polizeidirektion, wo sich auch jeder reichsdeutsche Nichtbayer binnen

12 Stunden persönlich melden muß, und im Hofgarten lauern die Stacheldrahtverhau, den Rohr und den Röhner zu schützen. Man sieht — wenn man nicht schon in die berühmten Badoerte geht, durch die die Autos rasen — in den Gaststätten lang nicht so viel Schieber wie in Berlin und das Angebot von Weiblichkeit auf den Straßen hält gar keinen Vergleich aus.

Pfingstzeit ist um 11 Uhr, aber nicht ganz so buchstäblich. Für 8 bis 10 M. kann man einfach wohnen und reichlich essen für ebensoviel. Die Halbe kostet 80 Pf., und es werden frühlich drei Quarteln geschenkt, wie in den jetzt wiederkehrenden Zeiten, wo es keinen Verein gegen betrügerisches Einflößen gegeben hat, dessen Mitglieder den Schenkelner am Galgen im Knopfloch trugen.

Die Menschen sind die alten, lieben, zu jeder Auskunft bereiten Süddeutschen. Ohne geschwähig zu sein, reden sie doch gern mit dem Nächsten und sehen in ihm nicht, wie so manche in der abgekehrten Biermilchensstadt, einen Wettbewerber, gegen dessen feindselige Tüde man sich vorsehen muß.

Die Theater haben auch in München keine vollen Häuser mehr, zu Pfingsten natürlich schon gar nicht. Während aber in Hermine Körners Schauspielhaus Hauptmanns „Eiga“ durch den Serienhusten beeinträchtigt wurde und es in den Kammerspielen Johannis wortspeimigen „König“ nicht besser ging, fand ich im proletarischen Genossenschaftstheater der „Neuen Bühne“ bei Rosenoms „Die im Schatten leben“ ein ergriffen schweigendes Publikum, das nur, wie in der Berliner Volksbühne auch, manchmal vorzeitig über eine Kleinigkeit lacht — und gar im Dialekttheater der Blumenstraße beim „Bayerischen Hiesel“ eine gar andächtige Hörerschaft. Da sitzen die Leute an Tischen, essen, trinken und rauchen und sind viel ruhiger dabei wie die Noblen im Großtheater. Uebrigens wurde das Kinostück vom Hiesel, dem Mathias Klostermeyer, der zuerst die Bauern vom Waid befreit, das sich durch Herrenbildung ungeheuer vermehrt, von den lebenden Schauspielern ganz großartig gespielt.

Reben Varietés und Kabarets, die auch anderswo stehen können, hat sich am Karistor die „Monachia“ ausgetan. Mit Blödsinn kündigt sie an, tüchtigen Repp übt sie praktisch daneben und ist darin ebenso unmünchenerisch wie in den Ausfällen gegen den „Preis“.

Aber Orgeß ist in München mit seiner Arbeitermehrheit, wo der Bürgermeister Genosse Schmidt den Arbeiterturn- und Sportkongreß begrüßt, nur Kabarettische, mag auch Ludwig Thomas „Miesbacher Anzeiger“, derb bayerische Arizonafiker, überall zu haben sein. Nur beim großen Trachtenumzug am Pfingstsonntag, wo die Tiroler mit den ausgeladenen Grenzpfählen herzlich begrüßt wurden, gab es viel Schießgewehr und Lubolsgeladenen. Freilich ist das monarchistische K auf den Anlaufstufen oft nur grad so ein bißel durchgestrichen, und am Amtsgelände in Tegernsee hat man's bloß nicht mitübermaß, als die ganze Tafel neu bepinselft wurde, so daß man es im Bedarfsfalle nur auch noch aufzufrischen braucht.

Aber wir wissen ja, daß unsere wackern deutschen Richter auch so die alten geblieben sind und bleiben werden — gel?

Jedoch, wenn man wieder einmal diese köstlich dünne Luft des Hochlandes atmet, denkt man weniger an die Politik und begibt sich lieber in die Kabas des bayerischen Wella, den Festsaal des Hofbräuhauses mit seinen altchwürdigen Deckensprüchen von des Bayernvolkes Fürsten- und Vierteren. Ob man ins Statal hinausgeht oder auf den einen Frauenteure steigt, ob man im Tierpark Hellabrunn oder auf dem saluatorheiligen Roderberg ist, immer gilt halt:

Bobin i mi wend,
Bobin i schau,
I stach an boarischn Himmi
Schöi woach und hellblau.

Und auf der Heimfahrt das Gegenstück zu der edlen Magdeburgerin, die partout nicht leere nich sein will: ein boarisch Ehepaar, das seinem zweijährigen Waderl das Bierglas hinhält, worauf das Kind ein Stück Glas herausbeißt. Und so gehts in Sonnenglut und Gewitter wieder heraus aus Bayern.

Richard Bernstein.

Die Schildkröte, die mit dem Kopfe wackelt. Daß die Schildkröte nicht so unintelligent und phlegmatisch ist, wie man allgemein annimmt, zeigt die folgende rührende Geschichte, die Londoner Blätter erzählen. 25 Jahre lang lebte eine Schildkröte in Ruhe und Frieden in einem Garten zu Portsmouth. Ihre Besitzerin lehrte ihren Liebling, auf den Namen Joe zu hören. Wenn nun auch die Schildkröte nicht wie ein gutgezogener Hund mit dem Schwanz wackelte, so tat sie doch alles, was eine Schildkröte nur tun kann, sie wackelte nämlich bei der Nennung ihres Namens mit dem Kopf. Vor einigen Tagen war Joe verschwunden, und die Herrin des gelehrten Tieres wandte sich an die Polizei. Sie beschrieb einem Detektiv ihren Liebling und bemerkte: „Wenn man zu ihr sagt „Hallo, Joe“, steckt sie den Kopf heraus und wackelt damit.“ Der Detektiv suchte nun Portsmouth nach dem Tiere ab und fand in einem Baden einige Schildkröten, von denen die eine ganz wie Joe ausah. Er trat hinzu und rief: „Hallo, Joe!“, worauf das kluge Tier sofort mit dem Kopf aus dem Gehäuse herausstach und heftig damit wackelte. Der Detektiv stellte fest, daß Joe von einem Ranne, der ihn angeblich gefunden haben wollte, an den Todenbesitzer verkauft worden war.

Wußt. Einen Kammermuskelbanden veranlaßt Mittwoch in der Aula der Technischen Hochschule das Kulturamt der Studentenschaft. Mitwirkende: Baghalter-Darsteller, Rosa Seinemeyer, Alfred Richter.

Ueber Darstellung des Verhältnisses berichtete auf der Hauptversammlung Deutscher Schmeier, Prof. Alfred Stiel in Dahlen. Es ist einen Mitarbeiter zum reifen Male gelungen, reines Verhältniss unmittelbar in kompakter Form zu gewinnen, während bisher das erst bei 1:100 Grad schmelzende Metall nur in Form feiner Fäden zu erhalten war.

Deutsches Notgeld als Exportartikel. Die kleine alte Münze des Barchenbrot Lohde hat den Reichlich hochwertiges Notgeld herausgebracht. Es kam gar nicht in den Verkehr, sondern wurde von einem Spielmann aufgekauft, der es im Ausland absetzen will.

Groß-Berlin

Schnupstuchverse.

Hoch ist das Vieh der guiegninten Barden, wir sind gerettet, unsere Zukunft frohll.

Ein Taschentuch aus allerhöchsten Kreisen bietet man im „Lokal-Anzeiger“ feil.

Run denke man, daß es wohl einige Dugend, vielleicht gar hundert sind — wach ein Gewinnst —, die Ihre Hoheit, zweckgemäß sie nutzend, geweiht hat für des Vaterlandes Dienst.

Und nimmt dazu man Billis Unterhofen und seines jüngsten Entels Sabberlach, so haben für den Rücklauf wir von Bosen und Elsch-Rothringen schon einen Schag.

Neigt dann noch der Finanzplan eine Bresse, gib's Socken, Kragen, Leibchen noch als Kitt: Des Höhenzollernhaujes Unterwäsche, verauktioniert, stopft jedes Defizit.

Nach von Lindenbäden

Verfagen der Fleischbeschau?

Gesundheitliche Gefährdung der Berliner Bevölkerung.

Die enorme Hitze der letzten Tage bedeutet, wie jedesmal um diese Jahreszeit, eine außerordentlich große Gefährdung für die Frischhaltung des Fleisches und aller für den menschlichen Genuß bestimmten Fleisch- und Wurstwaren.

Der Zentralverband der Fleischer schreibt: Große Mengen Fleisch von geschlachteten Tieren werden in Berlin angeliefert und in den Handel gebracht. Dieser Fleisch-Großhandel spielt sich meist auf den Güterbahnhöfen ab, wo die Eisenbahnwaggons als Verkaufsstände benutzt werden und wo kein Tierarzt oder Fleischbeschauer anwesend ist.

Möglichkeit hierzu besteht. Der Berliner Schlachthof hatte im letzten Jahre ein Defizit von 18 Millionen Mark. Das Vieh wird vom Viehhof in die Vororte geschleppt, der Schlachthof aber steht zur Hälfte leer.

Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Zeitungsverkaufsstellen usw., sowohl in Groß-Berlin als auch im übrigen Reich und im Ausland ausdrücklich den „Vorwärts“ zu verlangen.

Die kommende Urlaubszeit bietet Gelegenheit, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des Zentralorgans der SPD. in allen Verkehrsstätten zu veranlassen.

Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Verantwortlicher: Amt Nechtplatz 11753-54

In „Moabit“ fast verhungert.

70 Pfund im Gefängnis abgenommen.

Schwere Vorwürfe gegen die ärztliche Leitung des Lazarett im Moabit-Untersuchungsgefängnis, wie sie in ähnlicher Form schon wiederholt in den Berichtsjahren zur Sprache gekommen waren und auch die Öffentlichkeit beschäftigt hatten, kamen auch gestern wieder in einer Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zur Sprache.

Der Angeklagte bestritt die Tat. Zu der gestrigen Verhandlung wurde der Angeklagte in einem geradezu bejammernswerten Zustande, auf einer Tragebahre liegend, vorgeführt. Der Angeklagte hat in der seit dem 17. April dauernden Untersuchungshaft bis jetzt nicht weniger als 70 Pfund abgenommen und wiegt augenblicklich ganze 90 Pfund.

teidiger die Ladung sämtlicher Inassen des Lazarettsoals 85 und stellte gleichzeitig den Antrag, den schwerkranken und verhandlungsunfähigen Angeklagten sofort aus der Haft zu entlassen, wenn man nicht wolle, daß dieser mangels sachgemäßer Ernährung und Behandlung im Untersuchungsgefängnis den Hungertod sterbe.

Aufklärung eines Mordanschlags.

Der aufsehenerregende Mordanschlag auf den 81 Jahre alten Juwelier Albert G. u. S. aus der Bartenbergstr. 15, über den wir berichteten, ist vollständig aufgeklärt.

Eine kostspielige Hochzeitsfeier.

Ueber 500000 M. erbeutet.

Der große Einbruchdiebstahl, der Mitte Dezember 1919 bei der Frau Geh. Rat G. u. S., Witwe, in ihrer Wohnung in der Bartenbergstr. 1 verübt worden ist, hat jetzt vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I sein gerichtliches Nachspiel.

Ein Unterbezirkstag Jüterbog, Teltow-Beeskow

tagte Sonntag im Fraktionsaal des Preussischen Landtages, um zum Friedensvertrag und zu dringenden organisatorischen Fragen Stellung zu nehmen. Den Vorsitz führte Genosse Richard Schmidt.

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Regé.

„Willst — willst du mir denn einen Ruh geben?“ Er blieb stehen und starrte lausend zu Boden.

Stine lächelte ihn, still und sinnig. Dann gingen sie weiter. — Jetzt hielten sie einander bei der Hand, sagten aber nichts.

„Ja, guf' Nacht denn!“ antwortete er. Einen Augenblick standen sie und hielten einander an der Hand, dann trafen ihre Lippen sich, — kreu, wie Kinder sich küssen.

Karl sah auf dem Hautloß dicht bei ihrer Kammertür und wartete. Stine tat, als sähe sie ihn nicht, und steuerte gerade auf die Tür zu; heut abend wollte sie von seinen Jeremiaden verschont bleiben.

Stine antwortete nicht; was kümmert es ihn, was sie tat! Die Hand auf der Türklinke, stand sie da.

„Auch ich war zum Tanz. Ich habe in den Himmel hingesehau und hab' gesehn, wie die Englein Gottes mit ihren Flügeln tanzend dahinschwaben, zu Füßen des Sammes und des Thrones.“

„Nein, Stine wollte zu Bett; sie war müde, und es war spät.“

„Willst du mir denn eine Frage beantworten?“ sagte er todernst. „Habe ich dich auf den Weg der Sünde geführt?“

„Ich bin nicht auf dem Weg der Sünde,“ sagte Stine, dem Weinen nahe und mit dem Fuße aufstampfend. „Und laß mich zufrieden! Sonst ruß' ich deine Mutter und erzähl' ihr alles.“

Stine lag in ihrem Bett; sie hatte ein böses Gewissen.

Aber es half nichts; sie mußte versuchen, sich freizumachen. Das war zu arg, daß er sie nicht einmal zum Tanz gehen lassen wollte. Und sie dachte an Mogens, seine froh trabenden Schritte hasteten noch in ihrem Ohr.

13. Das Herz.

Vom Sohn auf dem Bakkehof erzählte man sich, daß er mit Nuzeln auf der Stirn geboren sei. „Er hat sich mit einem schweren Erbeil herumzuschleppen,“ sagten die Leute. „Wundern kann's einen nicht, daß er so ist.“

Mit dem Bakkehof hatte es seine bestimmte Bewandnis; der gleiche Faulliengeist hatte zu lange gehaust, Generation auf Generation. Es war nie ausgeräumt und Neues zugeführt worden.

er barg; die alten Geschichten, die alten Mängel behaupteten sich von Generation zu Generation, wurden wachgehalten durch Gerede — unter allmählichem Zusatz des Neuen — und Handlung. Die Wände waren damit durchtränkt, und das Bettzeug, das sich durch undenkbare Zeiten hin vererbt hatte, war schwer und klamm davon.

Stine bekam die betäubenden Dünste zu spüren. Ihr Heim war beglückend frei gewesen von allem alten Ballast, alles wies vorwärts. Es verließ dem Dasein trotz allen Wüthwärtigkeiten eine eigne Frische, daß man sich sein Wetter aus der Zukunft holte, sozusagen in dem Neuen ansetzte, wo das Leben noch nicht gewesen war.

(Fortf. folgt.)

Bevölkerungspolitische Kongress in Köln.

Am Freitag ging der fünftägige bevölkerungspolitische Kongress der Stadt Köln zu Ende. Das Gesamtergebnis positiv ist leider nicht ein großes, trotz guter Referate im einzelnen und stellenweise auch wohl sachlich fördernder Diskussion. Der Grund hierfür kann kaum in anderem als darin gesucht werden, daß die Weltanschauung des Zentrums gegenüber anderen Anschauungen die herrschende war und auch der grobenteils gänzlich ungeschulten Hörerschaft die Grundstimmung ließ, so daß eine objektive Erkennen hinderliche Einseitigkeit entstand. Es mag das im Rheinland natürlich sein, beeinträchtigte jedoch die umfassende geistige Höhe der Verhandlungen wie ihre tatsächlichen Ergebnisse gegenüber früheren allgemeinen Wohlfahrtskongressen nicht unwesentlich, so daß mancher Teilnehmer eine gewisse Enttäuschung empfand.

Der Grundplan, der den verschiedenen Verhandlungen richtunggebend war, ist wohl dahin zu charakterisieren: „Wie ist das Geschlechtsleben und die Fürsorge, insbesondere die Jugendfürsorge zu gestalten im Hinblick auf eine günstige Zukunftsentwicklung des deutschen Volkes?“ — Die Frage wurde am ersten Vormittag von Prof. Scheler von der Kölner Universität und dem Genossen Prof. Lindemann vom Standpunkt der Weltanschauung aus behandelt. Obwohl der, soweit mir bekannt, katholische Professor gegen die sozialistische Auffassung polemisierte, daß der Aufstieg der Arbeiterklasse mit einer Einschränkung der Kinderzahl zusammenhänge, betonte er selbst, daß es auf Qualität der Gezeugten, nicht auf Quantität ankomme, bestätigte also im letzten Grunde, daß es besser ist, weniger Kinder zur Welt zu bringen, dieser aber unter günstigen Bedingungen für Geburt und Aufzucht, als umgekehrt. Er will dies jedoch nicht durch Vorbeugungsmittel erreichen, sondern durch Askese, durch sehr weitgehende Enthaltsamkeit des Mannes, dem wirklichen Leben gegenüber wohl eine reichlich naive Forderung Genosse Lindemann behandelte die Frage wesentlich wirtschaftlich und hob hervor, daß qualitative Bevölkerungspolitik die Geburtenzahl nicht hochtreiben und vor allem die Sterbeziffer niedrig halten müsse.

Der Nachmittag galt der Erblichkeitsforschung. Es ist sicher, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung die Fragen der Gesundheit, der erblichen Belastung, der Schädlichkeit von Ehen zwischen Verwandten im Hinblick auf die Gefahren für die Nachkommenschaft nicht ernst genug genommen werden bei Eheschließungen. Wenn die Forschungen über Eugenik, über gesunde Zeugung, vertieft wissenschaftlich erörtert werden, so wird das ein Gewinn sein. Aber die Forderungen des bekannten Professors Gruber, der die Gelegenheit benutzte, um gegen die Sozialdemokratie zu polemisieren, würden das menschliche Erbe ähnlich gestalten wie ein Herdzeuger seinen Stall für Rasseferde. Das müßte die Liebesbeziehungen zwischen Mann und Frau jedes Idealismus berauben. Einen etwas anderen Ton schlug der nachfolgende Redner, Prof. Nudermann, in seinen nicht uninteressanten Ausführungen an. Er appellierte stark an die Gefühlseite. Dieser Naturwissenschaftler im Rock des Jesuitenpaters, der mit einer nicht unwirksamen, etwas koketten Beredsamkeit wiederholt in den Diskussionen intimste Dinge des ehelichen Geschlechtsverkehrs erörterte, gab überhaupt den Verhandlungen ein seltsames Gepräge.

Am nächsten Tage bei Behandlung der Frage der künstlichen Befruchtung der Leibesfrucht plagten die Geister scharf aufeinander. Der ärztliche Vertreter wie die katholischen Redner setzten sich ein für unbedingte Beibehaltung von Strafbestimmungen gegen Verbrechen gegen das kommende Leben. Der juristische Referent Landgerichtsdirektor Bohn-Köln in seinem vorzüglichen Referat vertrat den einzig möglichen Standpunkt, daß, wenn ein Gesetz dem Volksempfinden nicht mehr entspreche, es zu ändern sei, und schlug vor, den Strafbestimmungen solche hinzuzufügen, nach denen in festgestellten Fällen der Notzucht und bei sozialer Judikation — wirtschaftlicher Notlage — die Abtreibung straflos sei. Verschiedene sozialdemokratische Vertreter, die unsere Einstellung zur Frage betonten, fanden wenigstens bei einem großen Teil der Versammlung lebhaften Beifall. Nicht minder scharf gestaltete sich die Diskussion über die Prostitution. Es soll doch hier festgesetzt werden, daß der katholische Redner des ersten Abends, Prof. Scheler, den Standpunkt des heiligen Augustinus betonte: Eine Befreiung der Prostitution könne die Welt nur in Verwirrung bringen, deshalb müsse man sie belassen und regeln! Die glänzenden Ausführungen des Genossen Dr. Quard über die Notwendigkeit der Befreiung der unwürdigen Reglementierung der Prostitution und Anzeigepflicht bei geschlechtlichen Erkrankungen fanden den allgemeinen Widerhall in der Versammlung. Zur Frage der Geschlechtskrankheiten fand ein vorzügliches Referat der Genossin Frau Hanna-Berlin über „Den Kampf gegen die Antimikroben“ leider in so vorgerückter Stunde statt, daß der Raum nur noch wenig besetzt und die Zuhörer ermüdet waren. Eigenartigerweise traf dieses Mißgeschick gerade sozialdemokratische Redner auch in den Diskussionen mehrfach.

Bei Besprechung des Jugendwohlfahrtswesens erhob sich ein Streit wesentlich zwischen Ärzten und Juristen darüber, ob ein eigenes selbständiges Gesundheitsamt geschaffen oder dies dem Jugendamt eingegliedert werden solle. Die von einigen ärztlichen Vertretern geforderte Zerreißung des Jugendamtes in drei Abteilungen, wirtschaftliche, erzieherische, gesundheitliche, wäre überhaupt nur bei ganz großen Jugendämtern möglich und müßte auch dort die Einheit der Arbeit beeinträchtigen. Interessant waren die Ausführungen von Dr. Baum-Stuttgart über praktische Erfahrungen mit dem Jugendamt.

Den Schluß der Veranstaltungen, der wohl als ganzvoller Gipfel gedacht war, bildete ein Abendvortrag des Ministerpräsidenten Stegerwald, der bezeichnet wurde als „Ausblick in die Zukunft der bevölkerungspolitischen Gesetzgebung“. Der Redner brachte — übrigens in nicht unympathischer Weise — eine Uebersicht über vorhandenes, die leider allzu wenig vertieft war und Eigenes und große Ausblicke vermischen ließ.

Neben diesen Hauptverhandlungen gingen Verhandlungen von Sonderorganisationen einher, von denen die des Bundes der Kinderreichen, der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, der Psychopathenfürsorge und der Allgemeine Fürsorgeerziehungstag hervorgehoben zu werden verdienen. Sie zeichneten sich meist vor den Hauptverhandlungen aus durch Sachlichkeit, die nicht in einem Strom von Phrasen ertränkt wurde.

Henni Behmann.

Soziales.

Tuberkulosekongress 1921.

Die Nachmittags-Sitzung des zweiten Verhandlungstages brachte eine sehr ausgedehnte und lebhaft diskutierte über die Vorträge des Vormittags. Die Reichstagsabgeordnete Adele Schreiber-Krieger sprach als Abteilungsleiterin des Zentralkomitees vom Roten Kreuz unter allgemeiner großer Aufmerksamkeit über Erholungsfürsorge für Kinder. Sie betonte die Notwendigkeit einer besseren ärztlichen Kontrolle der zu verschiedenen Kinder und bittet durch Verteilung von Fragebogen möglichst viele Ärzte um Beantwortung kritischer Punkte zur Aufstellung einheitlicher Richtlinien für die Erholungsheime; da diese nicht unter ärztlicher Leitung, sondern nur unter ärztlicher Beratung stehen, ist das Mitbringen einer Gesundheitskarte jedes Kindes, die prinzipiell wichtige Frage, ob man weniger Kinder längere oder viele Kinder kürzere Zeit in den Heimen aufnehmen sollte, zu klären notwendig. Auch hält Frau Schreiber eine gewisse pädagogische Fürsorge und Voraussetzungen für seelische Fürsorge der Kinder für unbedingt notwendig. Einheitliche, von der leitenden Schwester innezuhalten Ernährungsvorschriften, gesundheitsfördernde Spiele und Anweisungen über Sonnen-Luftbäder erbittet sie von den Ärzten.

Prof. Petruschky-Danzig betonte die immer mehr zutage tretende Umstellung der Kampffront von den Erwachsenen auf die Kinder. Sanitätsrat Dr. Koch-Hohenhagen demonstrierte ein Wechselatmungsverfahren, mit dem durch abwechselndes Einatmen warmer, feuchter und kalter, trockener Luft außer bei Lungentuberkulose auch bei anderen Lungenerkrankungen günstige Erfolge erzielt wurden. Dr. Gärtner berichtete über eine neue Anwendung des Tuberkulins durch vorherige Anwendung von Blasenpflastern auf die Haut. Prof. Selter-Königsberg bringt ebenfalls eine neue Modifikation des Tuberkulins, das er Vital-Tuberkulin nennt. Prof. Drigalski-Halle tritt für Einrichtung von Schlafstellen für Kinder in hygienischen Räumen ein, da in den engen, überfüllten Schlafräumen der Wohnungen eine große Gefahr der Tuberkuloseinfektion liegt; in Halle sollen bereits gute Erfahrungen gemacht sein.

Am Schluß der Sitzung wurde ein Teil des neuen Tuberkulosefilms der Kulturabteilung der Universum-Film-A.G. vorgeführt. Referent hat daran nur das auszusagen, daß der für den Laien bestimmte Aufführungsfilm durch die Vorführung zu krasser Bilder zu starken Tabak vorsetzt, der beunruhigend wirkt.

Unter dem Vorsitz des Berliner Stadtmedizinalrats Kohn fand Freitagabend eine Sitzung der Stadtdiätete statt, bei der beschlossen wurde, am 25. Juni in Berlin einen Gesundheitsfürsorgetag abzuhalten.

Die soziale Bekämpfung der Tuberkulose.

Der dritte und letzte Verhandlungstag war der sozialen Bekämpfung der Tuberkulose gewidmet. Der Präsident des Reichsversicherungsamts Kaufmann-Berlin gab in einem sehr langen Uebersichtsreferat einen geschichtlichen Rückblick und Ausblick. Er fordert erhöhte Beiträge für die Landesversicherungsanstalten, da diese sonst die Bekämpfung der Tuberkulose durch Beschäftigung in die Heilstätten aufgeben und sich auf die Rentengewährung beschränken müßten. Die Heilstättenwiederholungs-Lux-Konten unter den heutigen Verhältnissen nur noch frühestens 4 Jahren bewilligt werden; kürzere Behandlungsdauer von zirka 6 Wochen wird angeregt, da die Landesversicherungsanstalt Westfalen damit gute Erfahrungen gemacht habe. Auch Liegekruten in den Wohnungen sollten erwogen werden. Notwendig erscheint Kaufmann die Durchführung der Arbeit in den Heilstätten, auch bei Bettlägerigen (Handarbeiten).

Dr. Gräß-Freiburg sprach über die Bedeutung der Einteilung der Lungentuberkulose nach pathologisch-anatomischen Gesichtspunkten und glaubt, Lungenschwindsüchtige mit Hohlräumen (Cavernen) in den Lungen nicht für die Heilstättenbehandlung empfehlen zu sollen, da sie nie ausheilen können.

Der Chirurg Prof. Sauerbruch-München erörterte die Bedeutung der chirurgischen Behandlung der Lungentuberkulose für die soziale Fürsorge, weil er glaubt, bei den nicht wenigen schwerkranken, einseitigen Lungenschwindsüchtigen durch eine eingreifende Operation, die an Gefahren neuerdings viel verloren habe, Heilungen erzielen zu können. Notwendig sei aber das Hand-in-Hand-Arbeiten der neueren Mediziner, besonders der Fürsorgeärzte, mit den Chirurgen.

Prof. Petruschky-Danzig empfiehlt in seinem Vortrage „Ambulante spezifische Behandlung der Lungentuberkulose“ die von ihm angegebene Methode der Tuberkulinanwendung für Massenimpfungen.

Der Direktor der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse A. Kohn gab einen kurzen geschichtlichen Rückblick über den

Eintritt der Ortskrankenkassen in den Kampf

gegen die Tuberkulose. Er fordert die Familienversicherung (unter alleseitigem Beifall der Versammlung) und eine Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter- und Angestelltenversicherungen, der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen zum ökonomischen Kampf gegen die Tuberkulose, da heute schon wegen der finanziellen Notlage eine Zersplitterung der Kräfte ein Luxus sei, den wir uns nicht leisten können.

Prof. Kehler-Dresden fordert im Referat: Schwangerschaft und Tuberkulose die Heilstättenbehandlung der leicht-tuberkulösen Schwangeren, von der sie unbeeinträchtigt noch immer ausgeschlossen würden. Er stellt in verteilten Zeitschriften Richtlinien für die Unterbrechung der Schwangerschaft auf und erinnert die Ärzte an die ungeheure Verantwortung einer Abkennung der Schwangerschaftsunterbrechung bei Lungentuberkulose, bei denen oft ganz plötzlich eine Bewusstlosigkeit auftreten kann.

Prof. Behringer-Dresden spricht über Berufsberatung und Tuberkulose und betont in warmherzigen Worten, daß schwerkranker, arbeitsunfähiger Schwindsüchtiger mit den gewöhnlichen Unterstützungen heutzutage nicht auskommen könnten; auch erwünscht dem Staat die Pflicht, den Tuberkulösen, die überall aus ihren Bezirken herausgeworfen würden, eine Entschädigung in Arbeitsmöglichkeiten oder Geld zu gewähren.

Prof. Martini-Berlin bespricht die Versorgung tuberkulöser Kriegsbeschädigter. Durch die Kapitalabfindung wird die für die Tuberkulösen so notwendige Siedelung gefördert. Die Heilstättenbehandlung hat das Reich übernommen. Infolge ihrer Lage (Alma!) geeignete Militärkolonien werden jetzt für schwerkranker Tuberkulöse modern eingerichtet, wozu die verständnisvolle Mitarbeit der Kommunen erforderlich ist.

Prof. Moellers-Berlin erörtert die Bekämpfung der Tuberkulose durch die Gesetzgebung und betont die Schwere der Aufgabe, da die Tuberkulose überall verbreitet und eine chronische Infektionskrankheit sei. Das Hauptziel ist die Fürsorge für den Kranken einerseits, der Schutz der Gesunden vor Ansteckung andererseits.

Zum Schluß spricht Prof. Thiel-Dresden über Betriebsräte und Tuberkulose. Die Betriebsräte sind notwendig zur Aufklärung.

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: W. 40, In den Zeiten 22. Dienstag, den 24. Mai:

Reinhold-Dr. Restaurant Weinhold, Fasanenstr. 46, Vortrag: „Geschichte der Pariser Kommune“. — Glaser, Gartenstraße 10, Vortrag: „Arbeiterfrage“. — Regel, Bahnhofstr. 18, Diskussionsabend: „Das Volkstheater“.

Aus aller Welt.

Anglist beim Arbeiterausflug. Am Sonntag stürzte ein Automobil bei einem Ausflug der Arbeiterschaft des Kaiserwerkes der Firma Schubert in Hundorf bei Leptih infolge Reifens der Rette eine Böschung hinab. Von den vierzig Insassen wurden drei getötet und sechzehn schwer verletzt.

Auf dem Wiener Hauptpostamt haben sich große Unterschleife ereignet. Waren, die als Transitwaren erklärt wurden und infolgedessen zollfrei durch Oesterreich gehen sollten, sind in Wirklichkeit hier mittels gefälschter Dokumente verkauft worden. Wiener Großhändler, Exporteure und auch Beamte des Hauptpostamts wurden verhaftet.

Valutaschmuggel in Oesterreich. Die Wiener Polizei verhaftete borgen einen bulgarischen Staatsbürger italienischer Nationalität namens Rissim Presenti, der im Auftrage einer Wiener Geländeschiffahrt einen großen Valutaschmuggel für eine auswärtige Geländeschiffahrt durchführte. In dem Gepäck Presentis, das die Siegel einer Geländeschiffahrt trug, wurden zwölf Millionen österreichische Kronen vorgefunden. Es wurde festgestellt, daß Presenti auch für einen italienischen Staatsbürger Valutaschmuggel durchführte. Die Polizei hat weiter festgestellt, daß der betreffende Geländeschiffahrer die Siegelung der Gepäckstücke vorgenommen und dabei an dem großen Schmuggel, welcher größtes Aufsehen erregt, direkt beteiligt ist. Der Geländeschiffahrer ist der Vertreter einer außer europäischen Macht.

Kohle und Erdöl im Steyer Becken. Oberbaurat Dr. Wagner von der geologischen Reichsanstalt und der bekannte Wiener Bünchelrutengänger Ingenieur Karl Reuschl haben vor einigen Wochen das sächsische Steyer Becken einer eingehenden geologischen Untersuchung unterzogen und ein ausgebeutetes Kohlenlager, sowie das Vorhandensein von Erdöl und Erdgas in einer Tiefe von 140 Metern bei einer Schichtmächtigkeit von 12 bis 15 Metern durch Bünchelrutengänge festgestellt.

Fremdenpogrom in Alexandria. Infolge des Gerüchtes, daß ein Grieche einen Eingeborenen umgebracht habe, griff ein Haufe die Griechen und anderen Europäer an, zahlreiche Personen wurden getötet, und die Krankenwagen hatten die Nacht zu tun, um Verwundete in das Hospital zu bringen. Die Menge ging auch gegen europäische Geschäftshäuser vor und warf die Fenstersteinen ein. Europäer verlangten vom Gouverneur Saub oder die Erlaubnis, sich selbst zu schützen. In einzelnen Distrikten kam es auch zu Brandstiftungen, wobei ebenfalls Menschen umgekommen sein sollen. Britische Truppen haben die Bewachung der Stadt übernommen. Bei den Unruhen sind fünf Europäer getötet und 72 verwundet worden.

Eine 500 000-Dollar-Spende der amerikanischen Katholiken. Der Generalsekretär von Chicago, Mr. Franz A. Kempe, überbrachte im Auftrage der amerikanischen Bischöfe eine 500 000-Dollar-Spende, die durch die deutschen und österreichischen Bischöfe zugunsten der notleidenden Kinder zu verteilen ist.

Kinderhilfe aus Venezuela. Ein im Februar d.J. an die Deutschen in Venezuela gerichteter Appell, zur Linderung des Kinderelends in Deutschland beizutragen, ist von großem Erfolge begleitet gewesen. Bis jetzt wurden in den Städten Caracas, Valencia, La Guaira, Maracaibo und Puerto Cabello über 260 000 Mark gezeichnet.

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Lichtenberger Gartenheim“

E. G. m. b. H. 1798

Bilanz per 31. Dezember 1920.

Aktiva.		Passiva.	
An Kassenkonto	2 901,60	Per Genossensch.-Anteile	14 200,—
Bankkonto	22 054,59	Darlehenskonto	5 000,—
Guthaben bei Lieferanten	1 268,60	Lief.-Schulden	370,80
Warenkonto	3 196,—	Gewinnkonto	9 545,99
	29 322,79		29 322,79

Gewinn- und Verlustrechnung.

Debet.		Kredit.	
An Drucksachenkonto	187,55	Per Zinsenkonto	119,79
Bureau-Materialienkonto	272,50	Eintrittsgelder	10 178,—
Verwaltungskonto	1 126,75	Sonstiges	832,—
Reingewinn	9 545,99		
	11 126,79		11 126,79

Mitgliederbewegung.

Eingetreten im Geschäftsjahr 1920 411
 Ausgetreten durch Ausschuß 1
 Mitgliedsbestand am 31. 12. 20 410

Bln.-Lichtenberg, den 27. Januar 1921.

Der Aufsichtsrat. Der Vorstand.
 gez.: Wilhelm Gierschner. gez.: Arthur Tölg

Kapitän-Kautabak
 lieber reicherer in der feineren guten Qualität zu begießen
 durch die bekannten Verkaufsstellen
 E. Rode, Berlin, Cigschenweg 54a, 22. Stock, 2064

Peek & Cloppenburg G. m. b. H.
 Berlin C, Gertrauden-Straße 25-26-27

Fertig am Lager:

Mäntel aus Kameelhaarloden
 für
Damen
 sehr geeignet als
Brunnen- und Touren-Mäntel

KW Hilfmotor
 an jedem Fahrrad anzubringen
 Preis 3500 M
 Prospekt gratis (Vorfahrt jederzeit!)



Sofort lieferbar!

Präzisionsarbeit für Dauerbetrieb
 Eingebaute Magnetzündung
 Fabrikat Zschopauer Maschinenfabrik

Generalvertrieb für Groß-Berlin u. Umgebung:
Kleinmotoren-Vertriebsges. m. b. H.
 Berlin, Potsdamer Str. 123 b, Tel. Karl. 6919

Zähne 4. Teilzahlung, 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb
 an Zahnräder m. Einspr. höchst schmerz-
 lind. Umarb. schlechtes Gebisse. Rep. sof.
 Zahnarzt W. 414, Potsdamer Str. 123, Hochb. Spreech. 9-7

Späte Einsicht.

Die Bezirksgeneralversammlung Berlin-Brandenburg der Unabhängigen Partei, über deren Verlauf die „Freiheit“ am Montag abend berichtet, ist durch die Tatsache beachtenswert, daß auch im unabhängigen Lager der Ruf nach Wiederherstellung der Einigkeit sich zu erheben beginnt. Ein Redner namens Winter hatte den Mut, offen zu erklären, daß die USP. den Einigungsvorgang mit der SPD. suchen müßte, und ein zweiter Redner namens Binow rang sich zu der Erkenntnis durch, daß die USP. konsequenterweise in die Regierung eintreten müßte, nachdem sie für die Annahme des Ultimatums gestimmt hat.

Gegen beide Redner erhob sich freilich lebhafter Widerspruch, und namentlich Ledebour war es, der die Einigung bekämpfte. Aber seine Argumentation war eigentümlich und entspricht nicht der Tonart, die man früher im Lager der USP. hörte. Ledebour meinte nämlich, der Erfolg der Einigung würde nur sein, daß die SPD. ein paar tausend Mitglieder erhalte, die SPD. aber künstlich ins Leben zurückgerufen würde. Ledebours Bedenken gegen die Einigung zielen also weniger gegen die SPD. als gegen die USP. Ueber diesen Standpunkt läßt sich wenigstens reden, wenn wir auch meinen, daß es immerhin ein Symptom von großer Bedeutung ist, wenn in der USP. wieder Stimmen von Einigkeit laut werden, was vor einem Jahre noch ganz undenkbar gewesen wäre. Freilich mußte auch der Referent Brühl eingestehen, daß sich in dieser Jahresfrist ein großer innerer Umschwung in der USP. vollzogen hat. Brühl propagierte den Gedanken der sozialistischen Regierung und bemerkte dazu:

Bei der Forderung der sozialistischen Regierung, die sich auf die freien Gewerkschaften, die freien Angestellten- und freien Beamtenorganisationen stützt, müssen wir feststellen, daß wir eigentlich im Kreise herumgegangen sind. Als während der Kapp-Tag ein Teil unserer Genossen diese Forderungen vertrat, wurden sie beinahe gestolzt.

Das ist das Bedauerliche bei den Unabhängigen: sie kommen immer erst dann zu der richtigen Einsicht, wenn es zu spät ist und sie selber durch ihre vorherige Einsichtslosigkeit den Zeitpunkt zur Durchführung vernünftiger Forderungen verpaßt haben. Nach dem Kapp-Putsch hätte sich die rein sozialistische Regierung am Ende durchsetzen lassen, aber damals wollte ein großer Teil der Unabhängigen nicht und drohte, wie Brühl richtig bemerkt, die zu steinigen, die dafür eintraten. Heute will die USP. die sozialistische Regierung, aber heute ist die Situation nicht mehr die alte und die Möglichkeit verschert. Aber so ist und war es mit allem. Heute finden die Unabhängigen richtige und treffende Worte gegen den Putschismus der Kommunisten, der nur die Reaktion stärkt. Aber die „Marneschlacht der Revolution“, der Januarputsch 1919, der zunächst der Reaktion wieder vom Boden emporhob, kam auf Konto der USP. Für die rein sozialistische Regierung hat es 1918, 1919 und selbst noch 1920 manchen Zeitpunkt gegeben. Damals lehnten die Unabhängigen stets entrüstet ab. Jetzt, wo kaum noch eine Möglichkeit besteht, möchten sie haben, was sie selber verurteilten.

Orgesch im Porzellanladen.

Bayernezesse im unbefestigten Schlesien.

In Ergänzung der bereits von uns gedachten Meldungen über die Ausschreitungen bayerischer Orgeschmannen im unbefestigten Schlesien meldet uns ein eigener Bericht aus Breslau:

Im unbefestigten Schlesien haben sich aus Bayern kommende Freikorpsleute in Kamslau und Reihe schwere Übergriffe zuzuschreiben kommen lassen. In Kamslau haben sie, wie aus den Berichten unserer Parteigenossen, die amtlich nicht dementiert werden konnten, hervorgeht, abgesetzte Waffen aus dem Rathaus mit Gewalt geraubt. In Reihe haben Angehörige eines bayerischen Freikorps „Oberland“ unseren Parteigenossen hertzig, den Redakteur des dortigen Parteiblattes, bedroht, weil er unter voller Anerkennung des Rechts der Oberschlesier auf Selbstabwehr die Jurese der bayerischen Orgeschleute kritisierte. In beiden Orten haben sich die Behörden korrekt verhalten. In Kamslau haben sie energischen Widerstand gegen die Übergabe der Waffen geleistet. Anscheinend ist aber die Sicherheitspolizei im Grenzgebiet trotz eingetrossener Verstärkung nicht stark genug, um dem Treiben der Freiwilligen entgegenzutreten. Abgesehen von den bayerischen Orgeschleuten sammeln sich die Freiwilligen hauptsächlich nicht im unbefestigten Schlesien, sondern im Hoheitsgebiet der Internationalen Kommission selbst, wo sie vor amtlichen Befestigungen anscheinend weit sicherer sind.

Ganz Ähnliches weiß ein Spätabendblatt zu melden, das außerdem schreibt:

Bedauerlich bleibt, daß sich unter den Selbstschutztruppen auch bayerische Orgeschmannen befinden, die in Unkenntnis der ober-schlesischen Verhältnisse auch gegen Bevölkerungskreise vorgehen, die deutschfreundlich sind. So haben sich bayerische Freikorpsangehörige Übergriffe gegen Personen zuzuschreiben kommen lassen, die sie wegen ihrer wasserpolnischen Mundart als Anhänger der großpolnischen Idee ansahen. Dazu kommt noch die scharfe antisemitische Richtung, die die Bayern in die Freikorps hineingetragen haben, trotzdem die jüdische Bevölkerung Oberschlesiens aufopferungsvoll für die Sache Deutschlands kämpft. Bezeichnend für die reaktionäre Gesinnung der bayerischen Freikorps ist es, daß sie jüdische Freiwillige, die sich bei ihnen an-melden, wegen ihrer Konfession abgewiesen haben.

Die bayerischen Freikorps stellen weiter nichts dar als bewaffnete Haufen bestimmter politischer Richtungen. Es braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden, welche Gefahr für die Republik wie überhaupt für jedes geordnete Staatswesen entsteht, wenn bewaffnete Haufen ganz einseitiger politischer Zusammensetzung und obendrein ohne jede Kontrolle des Staates ihr Unwesen treiben können. Dazu sind diese Haufen nur geeignet, der deutschen Sache schweren Schaden zuzufügen, für ihren eigentlichen Zweck aber so ungeeignet wie möglich. Jedenfalls haben die Bayernhaufen in Dresden, Kamslau und Reihe gezeigt, daß ihr angeblicher Kampf für Oberschlesien nur Mäste ist zur Entfesselung neuen Bürgerkrieges. Wir verlangen, daß die Reichsregierung mit allem Ernst gegen diese Landplage und Gefahr vorgeht.

Eine Verschlagnahme.

Breslau, 23. Mai. (WZ.) Die heutige Ausgabe der „Schlesischen Tagespost“ ist beschlagnahmt worden, weil sie eine Meldung unter der Überschrift „Mehr Freiwillige für Oberschlesien“ veröffentlicht hat.

Der erste Kriegsverbrecherprozeß.

Die Vernehmung der englischen Zeugen.

Nach Eröffnung der gestrigen Verhandlung in Leipzig gegen die wegen Kriegsverbrechens angeklagten Personen durch Senatspräsident Schmidt erfolgte der Zeugenaufruf.

Hierauf gibt der Angeklagte Henry, zur Person befragt, an, daß er am 20. Juni 1875 in Barmen geboren und dort seit 23 Jahren bei derselben Firma zuerst als Kutscher und dann als Küfer tätig sei. Der Inhaber der Firma hat ihm wegen seiner Zuverlässigkeit und Arbeitsamkeit das beste Zeugnis ausgestellt. Der Präsident ermahnt ihn, rückhaltlos der Wahrheit die Ehre zu geben und keinerlei Ausschüfte zu machen. Mit Rücksicht auf eine Reihe ihm zugegangener Zuschriften erklärt der Präsident, daß für politische Erörterungen in diesem Saale, der nur der Gerechtigkeit diene, kein Raum sei. Henry soll in der Zeit vom 13. Oktober bis zum 26. November 1915 im Gefangenenerlager Herne in 39 Fällen sich der

Gefangenenermittlung

schuldig gemacht haben. Neuerdings sind noch 7 Fälle hinzugekommen, so daß es sich im ganzen um 46 Anlagefälle handelt. Es kommt dabei eine Vernehmung gegen § 122 des Militärstrafgesetzbuches (Mißhandlung Untergebener) in Frage. Ein Teil der Angeklagten zur Post gelegten Handlungen ist bereits früher vom Kriegsgericht Münster abgeurteilt und mit 2 Wochen Mittel-arrest geahndet worden. Diese Strafe ist durch die militärische Amnestie vom 7. Dezember 1918 erlassen worden.

Der Vorsitzende macht den Angeklagten darauf aufmerksam, daß mit Rücksicht auf das Gesetz über Kriegsverbrechen diese Fälle nochmals aufgestellt werden müssen und daß Verführung und Anstiftung der Aburteilung aller unter Anklage gestellten Fälle nicht entgegenstehen.

Auf Befragen erzählt der Angeklagte, wie er als Unteroffizier an das Gefangenenerlager Herne verlegt wurde und daß ihm dort 200 Engländer und 40 Russen unterstellt waren. Der Präsident hält dem Angeklagten vor, daß nach den bestehenden Vorschriften die Gefangenen genau so zu behandeln waren, wie deutsche Soldaten. Die Anklage beschuldigt ihn, Gefangene mit Häuten, mit verleideten Gegenständen und durch Fußstritte mißhandelt zu haben. Auch mit Steinen soll er nach Gefangenen geworfen haben. Gefangene, die sich krank melden wollten, soll er daran gehindert haben.

Der Angeklagte bestreitet im allgemeinen sich bewußt strafbarm gemacht zu haben.

Auf Befragen des Reichsanwalts gibt der Angeklagte erneut zu, die Vorschriften, welche die Mißhandlung von Gefangenen verbieten, gekannt zu haben. Nach den bestehenden Vorschriften sei er berechtigt gewesen, von der Waffe Gebrauch zu machen, wenn seinen Befehlen nicht Folge geleistet wurde.

Von den englischen Zeugen

wird zunächst John Barry vernommen. Er sagt, die Beiten im Gefangenenerlager seien gut gewesen, die Nahrung aber war schlecht. Der Zeuge ist am 21. Oktober 1914 in Gefangenschaft geraten und am 23. Oktober 1915 in das Gefangenenerlager Herne gekommen. Die ihm und seinen Landsleuten zugemutete Arbeit im Bergwerk hätten sie nicht leisten wollen, da sie darin eine Kriegsarbeit erblickten, die ihre Landsleute in Gefahr bringen könnte. Der Angeklagte habe seinen Befehl, die Arbeit aufzunehmen, mit Gewalt durchzuführen versucht. Wegen seiner Verweigerung der Arbeit habe ihn der Angeklagte mit dem Gewehrkolben geschlagen, so daß er heilungslos niedergefallen sei. Der Zeuge sagt weiter aus, er habe eine Wunde am Bein gehabt und habe einen Arzt verlangt. Der Angeklagte habe aber erwidert, daß genüge ein Bad.

Einen anderen Gefangenen namens Croft habe der Angeklagte absichtlich abwechselnd unter eine kalte und eine heiße Brause gestellt und ihn lange Zeit darunter gelassen. Henry bestreitet das. Der Zeuge befand sich dann weiter, der Angeklagte habe ihn beim Heruntersteigen einer Treppe gestoßen.

Der nächste Zeuge ist der Engländer Henry Abel. Er gibt an, 12 Engländer seien bei ihrer Ankunft im Lager vom Ange-

klagten eingesperrt worden, weil sie die Bergwerksarbeit verweigerten. Von dem Angeklagten selbst will der Zeuge gelegentlich mit einem Stock geschlagen worden sein. Demgegenüber behauptet der Angeklagte, er habe überhaupt keinen Stock gehabt. Der Zeuge bleibt bei seiner Behauptung und bekundet weiter, daß der Angeklagte einen Mann mit dem Seitengewehr auf die Nase geschlagen habe. Auf Vorhalt gibt der Zeuge an, dies sei geschehen, als die Gefangenen sich weigerten, sich anzustellen.

Sodann wird die Aussage des Zeugen Barry im Prozeß gegen den Angeklagten vor dem Kriegsgericht in Münster vorlesen, nach der der Zeuge selbst Mißhandlungen Gefangener durch den Angeklagten nicht wahrgenommen hat.

Auf Gerichtsbeschuß werden nunmehr die Aussagen der vor dem Polizeigericht in London eidlich vernommenen Zeugen vorlesen. Die Vernehmung ist erfolgt in Anwesenheit eines Vertreters der Reichsanwaltschaft und eines Verteidigers des Angeklagten. In den Aussagen ist die Rede von der Weigerung der Engländer, Bergwerksarbeit zu leisten. Der erste Zeuge hat bekundet, daß der Angeklagte ihn

mit der Faust ins Gesicht geschlagen

habe, so daß Blut floß. Die Wachmannschaften hätten die Gefangenen mit ihren Bajonetten bedroht und ihnen die Bajonette vor den Leib gehalten. Der zweite Zeuge, von Beruf Gärtner, hat nie ein Bergwerk gesehen und weigerte sich, die Arbeit auf der Grube „Friedrich der Große“ in Herne zu leisten. Er bekundet ebenfalls, daß der Angeklagte einzelne Gefangene geschlagen hat, um sie zur Arbeit zu zwingen. Ein dritter Zeuge hat die Mißhandlungen des Croft mit angesehen.

Um 2 Uhr wird die Verhandlung auf 4 1/2 Uhr nachmittags vertagt.

Nach der Pause wird die Vernehmung der Zeugen fortgesetzt. Der frühere englische Kriegsgefangene Ernest Jones will von dem Angeklagten mißhandelt und beleidigt worden sein. Er gehört zu denen, die die Bergarbeit verweigerten, und gibt an, daß der Angeklagte ihm auf den Kopf geschlagen habe. Eine Krankmeldung habe der Angeklagte zurückgewiesen. Der Angeklagte wende ein, daß der Zeuge ihn angerepelt habe. Der Zeuge William Leonard Gotthard hat ebenfalls den Bergmannsdienst verweigert und erklärt, er sei vom Angeklagten vor die Brust und ins Gesicht geschlagen worden. Andere Gefangene seien mit Kolbenköpfen mißhandelt worden, als sie sich sträubten, Bergarbeit zu leisten. Der unter die Brause gestellte Croft sei schon vorher geistig nicht normal gewesen. Zeuge Charles Burrage spricht ebenfalls von der Arbeitsverweigerung und dem Fall Croft. Der Behauptung des Zeugen, der Angeklagte habe einen Revolver getragen, tritt dieser mit Entschiedenheit entgegen. Auch dieser Zeuge bekundet, daß der Angeklagte kranke Gefangene verhindert habe, sich krank zu melden.

Der Zeuge Sidney Smart macht bezüglich der Vorgänge bei der Arbeitsverweigerung und bezüglich des Falles Croft ähnliche Angaben wie die früheren Zeugen. Das Essen im Gefangenenerlager bezeichnet er als ungenießbar; in der Suppe sei überhaupt kein Fleisch gewesen. Der Präsident bezeichnet diese Neuherung als selbstherrlich, da bereits ein anderer Zeuge ausgesagt habe, daß das Fleisch zerleinert in der Suppe gewesen sei. Zeuge William Gier hat sich über die Behandlung im Bergwerk bei dem Angeklagten beschwert und behauptet, deshalb von ihm geschlagen worden zu sein. Er betont, es seien in dem Lager Strafen

bis zu 56 Tagen bei Wasser und Brot

verhängt worden.

Der Präsident stellt einen Widerspruch dieser letzteren Aussage mit einer früheren protokolllarisch festgesetzten Aussage des Zeugen fest und ermahnt diesen, streng bei der Wahrheit zu bleiben.

Der Zeuge Alfred Briers sagt aus, er sei mit dem Gewehrkolben geschossen worden und dabei zu Boden gefallen. Wer in der Nähe des Angeklagten gewesen sei, habe immer Stöße bekommen. Unten im Bergwerk seien die Engländer von den Zivilarbeitern mit Revolvern bedroht worden.

Um 7 1/2 Uhr abends wird die weitere Verhandlung auf Dienstag, den 24. Mai, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Amsterdam und Oberschlesien.

Ueber die Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 20. Mai in Amsterdam, die sich mit dem ober-schlesischen Zustand befaßte, sei noch folgendes nachgetragen:

Wie der Sekretär Dudgeest mitteilte, hatten sich die von den deutschen Gewerkschaften eingereichten Beschwerden über den polnischen Terror so sehr gehäuft, daß das Bureau sich entschloß, die Zentralkommission der polnischen Gewerkschaftsoverbände in Warschau und eine Kommission aus Oberschlesien zu der Vorstandssitzung zuzusenden. Die ober-schlesische Kommission konnte jedoch nicht nach Amsterdam kommen, weil, wie Leipzig namens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Sitzung mitteilte, infolge der polnischen Befehung keine Verbindung mit den Genossen in Oberschlesien herzustellen war.

Leipzig erhob lebhaften Widerspruch über die polnischen Gewalttätigkeiten und deren Begünstigung durch die französische Besatzung, aber auch über die polnischen Gewerkschaften in Oberschlesien, die schon in einem Rundschreiben vom 22. März gegen alle deutschen und polnischen Arbeiter, die bei der Abstimmung am 20. März für Deutschland votiert hatten, die Drohung richteten, daß „diese Reuegaten damit ihr eigenes wirtschaftliches Todesurteil gesprochen hätten“. Das sollte heißen, wie es weiter in dem Rundschreiben auch offen ausgesprochen war, daß man ihre weitere Beschäftigung im ober-schlesischen Industriegebiet nicht zulassen werde. Der Vertreter der Gewerkschaften Polens, Jutawski aus Warschau, bezeichnete die polnische Organisation, die dieses Rundschreiben erlassen hat, als eine gelbe und nationalistische Gewerkschaft. Er bedauerte die vorgekommenen Gewalttätigkeiten und hielt den ganzen Zustand für überflüssig und daher zwecklos, lehnte es aber ab, die beteiligten Leute schon zu verdammen, weil man sie erst hören müsse. Weiter behauptete der Vertreter Polens, daß auch die deutschen Arbeiter nicht schuldlos seien, sondern daß auch ihnen Gewalttätigkeiten gegen polnische Arbeiter nachgewiesen werden könnten. So war seine Rede, wie der Vertreter Deutschlands in seiner Erwiderung feststellte, im Grunde genommen doch nur eine Verteidigung des polnischen Auffassens.

Auch Dudgeest meinte deshalb am Schlusse der mehrstündigen Aussprache, er hätte gewünscht, daß Jutawski weniger nationalistisch gesprochen hätte.

Wie wir bereits meldeten, war das Ergebnis dieser Besprechung der Beschluß, eine Kommission, bestehend aus Souhauz, Fimmen und Williams, nach Oberschlesien möglichst bald zu entsenden. Wir hoffen, daß diese Kommission glücklicher sein wird als ihre Vorgängerin, welche Anfang März nach Oberschlesien gelangen wollte, jedoch nicht weiter als bis Breslau kam, weil Herr Le Rond ihr aus leicht zu erratenden Gründen die Einreiseverlaubnis verweigert hatte!

Landtagswahlen in Nordtirol.

Innsbruck, 22. Mai. (WZ.) Bei den heutigen Wahlen für den Landtag wurden in Nordtirol für die Tiroler Volkspartei 57 958, für die Großdeutsche Volkspartei 12 698, Sozialdemokraten 24 739, Nationalisten 1227 und für die Gruppe der Kriegssopfer 475 Stimmen abgegeben, 14 Gemeinden stehen noch aus.

Von den 36 Mandaten für Nordtirol dürften 24—25 die Tiroler Volkspartei (Christlichsoziale), 8 die Sozialdemokraten und 3—4 die Großdeutschen erhalten. Osttirol dürfte 3 Vertreter der Tiroler Volkspartei und einen Führer der Osttiroler Böhlervereinigung entsenden.

Steiermarks Abstimmung.

Graz, 23. Mai. (WZ.) Morgen wird der steirische Landtag über die Frage der Volksabstimmung wegen des Anschlusses an Deutschland endgültig Beschluß fassen. Die Abstimmung des 29. Mai wird wegen der Kürze der Zeit abgelehnt werden. Voraussichtlich soll der 3. Juli festgesetzt werden. Gestern fand eine große Demonstration für den Anschluß statt.

Wien, 23. Mai. (WZ.) Wie die „Politische Korrespondenz“ erzählt, hat Bundeskanzler Dr. Mayr an den Landeshaupmann von Salzburg ein Telegramm gerichtet, in dem er ausführt, daß im Hinblick auf die allgemeine politische Lage es geboten erscheine, die von den politischen Parteien beachtete Volksbeirragung hintanzuhalten. Wenn dies aber nicht mehr möglich sei, ihr den Charakter einer rein privaten Veranstaltung zu geben und insbesondere deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß die Regierung ihr vollkommen fernstehe. Unter Hinweis auf die Bundesverfassung wären die Behörden und Beamten anzuweisen, einer derartigen Privatveranstaltung jede Unterstützung zu verweigern.

Wegen der Hinrichtung des Massenmörders Schumann sind in der Öffentlichkeit mehrfach Angriffe gegen den Reichspräsidenten Ebert gerichtet worden. Wir möchten deshalb an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Entschreibung über die Hinrichtung Schumanns nicht bei Genossen Ebert, sondern bei der preußischen Regierung Eitelwald, insbesondere bei dem Justizminister am Jahnhoff lag.

Der Prozeß gegen den Spindel Ferry, den geistigen Urheber des Siegesfäulnissentats, findet am kommenden Freitag vor dem Sondergericht bei dem Landgericht I. Berlin statt.

Tschechische Kommunistenspaltung. Diejenigen Mitglieder der ehemaligen „sozialdemokratischen Union“, die mit der Annahme der Moskauer Bedingungen durch den Prager Fingierparteitag nicht einverstanden sind, haben die neue Partei teils gezwungen, teils freiwillig verlassen und wollen eine „Tschechoslowakische Arbeiterpartei“ gründen.

